

## 2. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Donnerstag, 20. Juni 1918. Nr. 162.

Bewendungen für die städtischen Angestellten. Der Stadtrat hat in seiner heutigen Sitzung nach einem Antrage des VB. Hoss nachstehenden Beschluss gefasst: Den nicht zum Militärdienst eingetückten oder zu persönlicher Kriegsdienstleistung herangezogenen aktiven und im Ruhestand befindlichen Angestellten der Gemeinde Wien und ihrer Unternehmungen, einschliesslich der Lehrpersonen, sowie den Witwen und Waisen nach Angestellte wird für das Verwaltungsjahr 1918/19 ( 1. Juli 1918 bis 30. Juni 1919 ) eine Kriegszulage im gleichen Ausmasse und nach denselben Bestimmungen gewährt, wie sie der Gemeinderatsbeschluss vom 19. Dezember 1917 für das erste Halbjahr 1918 festgesetzt hat. Eine Ergänzung dieser Bestimmungen erfolgt dahin, dass ledige Angestellte, die mit Eltern, Grosseltern, oder Geschwistern in gemeinsamen Haushalte leben, den verheirateten ohne Kinder gleichgehalten werden können, wenn sie erwiesenermassen den Unterhalt dieser Verwandten zum überwiegenden Teil bestreiten.

2. Allen Angestellten einschliesslich der Lehrer, sowie den Witwen und Waisen nach Angestellten wird im Juli 1918 ein einmaliger Anschaffungsbeitrag im gleichen Ausmasse und nach denselben Bestimmungen gewährt, wie sie der Gemeinderatsbeschluss vom 24. April d.J. festgesetzt hat. Dieser Anschaffungsbeitrag gebührt den aktiven Angestellten nur dann, wenn sie am 1. Mai d.J. bereits im Gemeindedienste gestanden sind, das Dienstverhältnis am Tage der Auszahlung des Anschaffungsbeitrages noch fortbesteht und die Angestellten, sofern sie nicht eingetückt sind, die Kriegszulage beziehen. Ledige Angestellte, die mit Eltern, Grosseltern, oder Geschwistern in gemeinsamen Haushalte leben, können unter dem angegebenen Voraussetzung den verheirateten ohne Kindern gleichgestellt werden. Für die Bezüge, die Frage des aktiven Dienstes und die Klassenzugehörigkeit ist der Stand vom 1. Juli 1918 massgebend.

3. Den Lehrpersonen sowie deren Witwen und Waisen werden Kriegszulage und Anschaffungsbeitrag als Vorschuss auf etwaige staatliche Zuwendungen für die Jahre 1918 und 19 gewährt.

Städtische Strassenbahnen. StR. Knoll hat in der Gemeinderatsitzung vom 24. April d.J. beantragt, zu untersuchen, ob den beim Floridsdorfer Spitz bestehenden Schwierigkeiten im Verkehr der Linien 31 und 32 nicht durch die Weiterführung der Linie 32 zur Endstation Esslinggasse abgeholfen werden könnte. StR. Schneider brachte in der heutigen Sitzung des Stadtrates einen Bericht der städtischen Strassenbahnen zur Verlesung, nach welchem eine Weiterleitung der Linie Floridsdorf Spitz - Pragerstrasse - Jedlersee bis zur Esslinggasse infolge der durch die Absperrung des Bahnschranken zur Nordwestbahn verursachten Störungen mit Schwierigkeiten verbunden ist. Dazu komme noch, dass schon in der nächsten Zeit durch den Fortschritt des Baues der Franz Josefs-Brücke empfindliche Verkehrseinschränkungen werden eintreten müssen und dass die Weiterführung der Linie eine Vermehrung der Betriebsmittel nötig machen würde, die derzeit ausgeschlossen sei. Der Bericht wurde zur Kenntnis genommen und nach dem Antrage des Berichterstatters beschlossen, von einer Weiterführung der Linie vorläufig Abstand zu nehmen.

Die gekürzte Brotquote und die Brotgutscheine. Da durch die jüngste Kürzung der Brotquote alle Brotabgabestellen für die Gutscheinsabschnitte 3 und 4 der Zentralstelle 1. Bezirk Neues Rathaus gültig für die Zeit vom 23. Juni bis 13. Juli und vom 14. Juli bis 3. August nur mehr  $\frac{1}{2}$  Laib Brot pro Abschnitt ausfolgen dürfen, wird die Zentralstelle der Fürsorge 1. Bezirk Neues Rathaus diese und die folgenden Abschnitte insoweit die Brotkürzung in Kraft bleibt nur mehr mit 36 Heller einlösen.

Der 60. Geburtstag Kirchl's. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat an den Komponisten und Ehrenhormeister des Schubertbundes Adolf Kirchl nachstehendes Schreiben gerichtet: Es gereicht mir zum besonderen Vergnügen, Euer Hochwohlgeboren zu Ihrem 60. Geburtsfeste meine aufrichtigsten Glückwünsche übermitteln zu können. Sie werden an diesem Tage einen erhebenden Rückblick halten dürfen auf ein Leben voller Arbeit und Erfolge, auf ein Leben, das neben der Berufsarbeit auch in hervorragendem Masse der Kunst geweiht war. Die Verdienste, die sich Euer Hochwohlgeboren um das deutsche Lied erworben haben und Ihre künstlerische Tätigkeit an der Stelle des Schubertbundes sichern Ihnen die bleibende Hochachtung und Verehrung, sowie den Dank der Wiener Bevölkerung. Dieses schöne Bewusstsein, das Sie an Ihrem 60. Geburtstage beseelen darf, wird Ihnen diesen Geburtstag gewiss verschönern. Wir aber haben den innigsten Wunsch, dass Sie nach mehrjähriger Abwesenheit wieder bald in Ihre Heimat zurückkehren, auf den Boden, auf welchen Ihre Kunst am edelsten gedeiht.

W i e n e r G e m e i n d e r a t  
Sitzung am 20. Juni 1918.

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner verliest folgende Zuschrift des Leiters der Auskunftsstelle für Kriegsgefangene Freiherrn von Slatin als Antwort auf eine von GR. Dr. Heingestellte Interpellation aus einer der letzten Sitzungen: Seit den Verhandlungen in Brest-Litowsk und dem Friedensschluss sind über 500.000 Mann in die Heimat zurückgekehrt. Ganz richtig ist es, dass der grössere Teil derselben durch eigene Initiative das Vaterland erreichte, aber sie wurden, wo immer es möglich war, von den Angehörigen unserer Schutzmacht, respektive deren Delegierten unterstützt und ihnen die Reise erleichtert, sowie allgemeine Hindernisse womöglich aus dem Wege geräumt. Die Abreise der Kriegsgefangenen hat sich aus politischen und technischen Gründen verzögert, doch waren schon vorher Intendent von Raabl und mehrere andere Herren in Petrograd, um im Interesse der Kriegsgefangenen, wo weit es eben möglich war, zu wirken. Nun ist die Kommission in Petrograd vereint und hat zu ihrer Hilfe eine grosse Anzahl von Offizieren, die selbst in Gefangenschaft waren und die russischen Verhältnisse kennen, dort bei sich zurückbehalten. Die Kommission ist mit ausserordentlich grossen Geldmitteln versehen und wird alles mögliche getan, um in Verein mit neutralen Delegierten, die schon seit längerer Zeit im Interesse unserer Kriegsgefangenen tätig sind, den Abtransport möglichst zu regeln. Den allgemeinen Prinzipien nach, kommen zuerst die Invaliden und Schwerkranken, dann die an Jahren meist vorgerückten und am längsten in Gefangenschaft weilenden zum Abtransport. Dies auch der Grund, warum alle Bemühungen des Kriegsministeriums, respektive der Kommissionen und der Schutzmacht nicht veröffentlicht werden können, weil da-

durch die russische Regierung Kenntnis erhalten würde und möglicherweise gegen die Art des Abtransportes unserer Gefangenen Protest einlegen würde. Was die einzelnen Lager anbelangt, so wird durch Delegierte und Abgesandte Geld hingeschickt und dort wo keine Gage bezahlt wird, oder die Leute arbeits- und mittellos sind, wird Hilfe geleistet. Jedenfalls können Herr Bürgermeister versichert sein, dass vom Kriegsministerium, sowie von den betreffenden Behörden aus, das Menschenmögliche getan wird, um die Gefangenen ihrer Heimat und ihren Angehörigen wiederzugeben. Dem Ansuchen, dass Mitglieder der Hilfsverbände sich der Kommission anschliessen, um Berichte über die in Russland unter den Gefangenen herrschenden Verhältnisse zu senden, kann wohl aus politischen Rücksichten nicht stattgegeben werden, und die russische Regierung würde wahrscheinlich nicht erlauben, dass derartige Herren sich in Betersburg oder überhaupt in Russland aufhalten. Die Telegraphen-Verbindung mit Russland funktioniert nicht tadellos und ist auch nicht zu verlangen, dass regelmässige Nachrichten telegraphisch über die Verhältnisse in den einzelnen Lagern hieher geschickt werden. Die Angehörigen der Kriegsgefangenen mögen sich aber beruhigen, da eben, wie früher erwähnt, alles getan wird, um den Abtransport zu beschleunigen und dort wo Hilfe nützlich, eingeschritten wird. Die nun häufig an kommenden Züge mit Kriegsgefangenen laufen zu den Quarantainestationen, wo die Gefangenen vorschriftsmässig empfangen und ihren Kadern überstellt werden, von wo aus sie ihren regelmässigen Urlaub antreten können.

Es wird sodann die Beratung des Hauptvoranschlags für das Jahr 1918/19 ( Berichterstatter VB. Hoss ) fortgesetzt.

GR. Rummelhardt führt als erster Redner aus:

Keiner von uns hat sich wohl gedacht, dass wir noch im Jahre 1918 in die traurige Lage versetzt werden, ein Kriegsbudget zu beraten und es ist daher selbstverständlich, dass eine Budgetdebatte im 4. Kriegsjahre bei den Rednern aller Parteien Stimmungen auslösen muss, deren Ausdruck weit über den Rahmen der Beratungen des Stadthaushaltes hinausgeht.

Die fürchterliche Not der Zeit, die durch schwere Fehler der österreichischen Regierung noch verschärft wird, zwingt den Wiener Gemeinderat, bei der Beratung über die Verwaltung der Stadt Wien, die Verwaltung des österreichischen Staates zu besprechen und an derselben berechnete Kritik im Namen der gesamten Wiener Bevölkerung zu üben.

Es ist nicht unsere Schuld, dass wir dazu gezwungen werden; gerne würden wir diese Aufgabe den hiezu zunächst berufenen gesetzgebenden Körperschaften überlassen; allein das österreichische Parlament tagt nicht und die Landtage bestehen nicht mehr und so ist der Gemeinderat der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien auch derzeit wieder, wie dies im Laufe des Krieges schon oft der Fall war, als Vertretungskörper der grössten Stadt unseres Vaterlandes, das einzige Forum, in welchem die Not des Volkes in entsprechender Weise der Regierung zu Gehör gebracht werden kann.

In der Geschichte dieses Krieges wird diese Tätigkeit des Wiener Gemeinderates nicht verschwiegen werden können und objektive Beurteiler der jetzigen Zeit werden dem Wiener Gemeinderate die Anerkennung dafür nicht versagen können, dass er der getreue Eckhart in schwerer Kriegszeit war, der den wechselnden österreichischen Regierungen zur rechten Zeit War-

nungen zukommen liess und wertvolle im Interesse der Bevölkerung gelegene Ratschläge erteilte; leider wurden die Wahrnehmungen von den Regierungen nicht immer beachtet und die Ratschläge nicht immer befolgt.

Es ist daher selbstverständlich, dass sich auch die jetzige Regierung, die mit demselben Fehler behaftet ist wie ihre Vorgängerinnen, in diesem Saale eine Kritik gefallen lassen muss, die für sie keineswegs schmeichelhaft ist und es wäre zu wünschen, dass sie daraus jene Konsequenzen zöge, die im Interesse des Volkes unbedingt notwendig sind, entweder zu gehen und einer besseren und verständigeren Platz zu machen oder sich gründlich ihrer Pflichten bewusst zu werden. Und da muss ich vor allem, sowohl ihr als jeder künftigen Regierung zurufen: Weg mit der bisher üblichen Unterschätzung der Stadt Wien und ihrer gewählten Vertreter. Es hat sich die Unsitte in einzelnen Regierungskreisen eingeschlichen, Wien nicht höher einzuschätzen als irgend eine Provinzstadt. Man hört, dass die Regierung der Meinung ist, wenn sie den Bürgermeister von Wien zu Rate ziehen soll, müsste sie die Bürgermeister aller österreichischer Städte befragen.

Meine Herren, ich bin der letzte, der nicht im Gemeindevorsteher des kleinsten Dorfes in Oesterreich einen freigewählten Vertreter sieht, der gehört werden muss, wenn er die Interessen seiner Gemeinde vertritt; aber ich bin der Ansicht, dass der Wiener Bürgermeister in erster Linie gehört werden muss, denn er vertritt - wenn er sich eins mit dem gesamten Gemeinderate weiß - 2½ Millionen Menschen, er ist der Repräsentant der Reichshaupt- und Residenzstadt, des Herzens unseres Vaterlandes, dessen Pulsschläge bis an die Grenzen unseres Reiches gespürt werden.

Die Haltung der Wiener Bevölkerung in dieser ersten Zeit ist richtunggebend und diese Haltung ist bis jetzt eine beispiellos patriotische, eine von Kaiser und Regierung selbst bewunderungswürdig anerkannte, aber meine Herren, wehe dem Vaterlande, wenn diese Haltung eine andere würde.

Darum rufe ich jeder österreichischen Regierung zu: Höre den Bürgermeister von Wien, höre die Vertreter dieser Stadt, sie allein kennen die Psyche der Bevölkerung, die der hohen Bürokratie zum grössten Teile fremd ist, sie wissen von der Not des Volkes und wie dieselbe gegebenenfalls gelindert werden könnte.

Regierung unterschätze Wien nicht, damit Du es nicht fürchten lernst!

Im Uebrigen haben die Erfahrungen der letzten Stunden gezeigt, wie gut und wertvoll es ist, den Ratschlägen des Wiener Bürgermeisters und der Wiener Stadtvertretung zu folgen.

Schon am Samstag abends, als ein Vertreter des Ernährungsamtes dem Bürgermeister, ganz unvermittelt, die niederschmetternde Nachricht gebracht hatte, dass die Brotquote für Wien auf die Hälfte gekürzt werde und der Bürgermeister die Kenntnisnahme dieser Mitteilung unter energischem Proteste verweigerte, gab er dem Vertreter des Ernährungsamtes den Rat, an Ungarn die Aufforderung zu richten, in dieser kritischen Lage Oesterreich beizustehen.

Dies wurde damals noch von dem staatlichen Organ als zwecklos bezeichnet.

Als dann der Bürgermeister selbst telegrafisch die Hilfe Budapests vom dortigen Bürgermeister erbat, scheint auch die österreichische Regierung denn doch eingesehen zu haben, dass sie den Rat des Bürgermeisters befolgen und mit der ungarischen Regierung nochmals diesbezügliche Verhandlungen pflegen

II  
Wiener Kinder in die Schweiz. Aus St. Moritz wird der Rathauskorrespondenz telegraphiert: Die durch die abermalige Aktion der Frau von Winem in die Schweiz gebrachten 220 Wiener Kindern sind nach Vereinigung mit Grözer, Linzer und Egerländer Kindern unter Führung der Herren Sieglbauer (Wien) und Greewitz (Graz) mit 15 Begleitdamen in ihren Stationen St. Moritz und Einsiedeln gesund angekommen und von den lieben Schweizern herzlichst empfangen worden.

.....  
=====

müsse.  
Dieselben waren nach den Mitteilungen des Ministerpräsidenten an die Pressevertreter denn doch nicht ganz zwecklos, denn Ungarn hat sich bereit erklärt, uns Nahrungsmittel, vor allem eine grössere Menge von Frühkartoffeln zu überlassen.

Hiefür sind wir den Ungarn sehr dankbar und ich bin glücklich, bei diesem Anlasse feststellen zu können, dass es sich nach den Aeusserungen des ungarischen Ernährungsministers nicht nur um eine momentane Aushilfe durch Frühkartoffeln handelt, sondern dass Ungarn auch gewillt ist, von der zu gewärtigenden Ernte überhaupt Lebensmittel an Oesterreich abzugeben.

Namentlich aber möchte ich den Bürgermeister von Budapest Herrn Dr. Body aufs herzlichste für die ritterliche Art der Zurückweisung danken, die den Ausführungen des Stadtverordneten Dr. Weigart bezüglich der Bitte des Wiener Bürgermeisters um Lebensmittel zuteil ward. (Lebhafter Beifall).

Insbesondere aber erfüllen uns die Worte des Budapester Bürgermeisters, die er bei diesem Anlasse gesprochen hat, mit besonderer Freude.

Er erkannte gerechter Weise die Hilfe Wiens an Budapest mit Industrieartikeln an und hat als öffentlicher Funktionär, als Haupt der königlichen Residenzstadt Budapest zum erstenmale öffentlich die moralische Verpflichtung Ungarns anerkannt, den Oesterreichern im Durchhalten beizustehen. (Neuerlicher lebhafter Beifall).

Die Worte des Budapester Bürgermeisters, die er in der gestrigen Sitzung des Budapester Gemeinderates gesprochen hat und die da lauten: Die Bevölkerung der Stadt Wien, die mit uns zusammen kämpft und blutet, ist nicht unser Feind, den wir verhungern lassen können, wir dürfen sie nicht ohne Hilfe lassen, sondern müssen, wenn wir können, helfen, werden ihm die Wiener nie vergessen, sondern sie werden dieselben in Dankbarkeit immer im Gedächtnisse behalten. (Abermaliger anhaltender Beifall).

Sowohl die Haltung Ungarns als auch der Beweis der treuen Bundesgenossenschaft Deutschlands, der dadurch erbracht wird, dass es trotz der eigenen Knappheit und der Versorgung Oesterreich eine bestimmte Menge Getreide vorschuessweise zur Verfügung stellt und dass es getreu dem Sprichworte: „Doppelt gibt, wer schnell gibt“ sofort diese Hilfe leistet, haben die gestern noch äusserst kritische Stimmung der Bevölkerung Wiens etwas gebessert. (Lebhafte Zustimmung).

Die Bevölkerung würde es mit Genugtuung anerkennen, dass der Bürgermeister im Namen des Gemeinderates ein energisches Auftreten des Wiener Gemeinderates

und seiner schnellen Intervention durch die an Exzellenz Ludendorff und Bürgermeister Dr. Body gerichteten Telegramme gelungen ist, auch die österreichische Regierung aus ihrer Hilflosigkeit aufzurütteln, und so der ärgsten Not und ihrer Folgen vorzubeugen. Die Bevölkerung wird es nie vergessen, dass Wien einen Bürgermeister hat, der es versteht, in so ernster Zeit das richtige Wort zu sprechen und die richtige Tat zu setzen. (Neuerlicher Beifall).

Was die Reform des Gemeindevahlrechtes anbelangt, muss ein Unterschied zwischen der gesetzgebenden Reichsvertretung und einem Verwaltungskörper gemacht werden. Der in seinem Aufenthaltsort fluktuierende Oesterreicher behält immer sein Interesse am Staate, nicht aber an der Gemeinde in der er nur vorübergehend Aufenthalt nimmt. Trotzdem ist unsere Partei keineswegs ein Gegner der Demokratisierung, denn es wird sich gewiss ein Ausweg finden. Ob aber eine solche Reform gerade die Hoffnung erfüllen wird, die gestern von einem Redner der Sozialdemokraten ausgesprochen wurde, kann weder er mit Gewissheit voraussagen, noch ist einer von uns in der Lage, irgendwie zu prophezeien. Der Redner der Sozialdemokraten möge aber nicht glauben, dass die Arbeiterschaft noch in kompakten Massen hinter seiner Partei steht, wie es vielleicht vor dem Kriege der Fall war.

Was das Frauenwahlrecht anbelangt, bin ich, vielleicht im Gegensatz zu manchem Parteigenossen, kein unbedingter Gegner derselben, denn ich glaube, dass die Witwe eines Gewerbetreibenden, eine Lehrerin, eine selbstständige Geschäftsfrau mehr Interesse an der Gemeinde hat, als als die Angehörigen der fluktuierenden Bevölkerung. Trotzdem muss ich sagen, dass die Frage des Frauenwahlrechtes noch gar nicht reif ist. Gelegentlich einer Frauenversammlung, die ich im Vorjahr einberufen habe, erklärten gerade jene Frauen, von denen ich das Eintreten für das Wahlrecht am ersten erwartete, dass ihnen Brot, Mehl und sonstige Lebensmittel für sich und ihre Familie wichtiger seien; Eine Voraussetzung der Einführung des Frauenwahlrechtes müsse man aber unbedingt in der Einholung des Flebizesites der Frauen sehen. Es ist nur eigentümlich, dass auch die Liberalen für das Frauenwahlrecht eintreten, denn gerade sie werden den wenigsten Vorteil davon haben, da sich dann die Wahlkämpfe ausschliesslich zwischen Christlichsozialen und Sozialdemokraten abspielen werden. Sie wissen das selbst auch sehr genau, den GR. Dr. Granitsch hat gestern im Gespräche mit mir gemeint: Na, viel weniger als wir jetzt sind, können wir ohnedies nicht mehr werden. (Heiterkeit).

Nach Besprechung einzelner Hauptpunkte der bisherigen Debatte fährt Redner fort: Ein Ruf, der in jeder Budgetdebatte erhoben wurde, ist verschwunden der Vorwurf der Kontrolllosigkeit des Stadtrates., denn jetzt hat die Opposition wenigstens zwei Kontrolloren drinnen. Jetzt geht ihr Ehrgeiz weiter und sie wollen nicht nur kontrollieren sondern auf referieren. (Heiterkeit) Der Bürgermeister wird gewiss nichts dagegen haben, wenn sie einmal auch an

Referententische erscheinen. Dass die Sozialdemokraten auf einmal den Stadtrat nicht mehr kontrollieren wollen, ist sehr schön, denn es zeigt, dass sie mit der Kontrolle durch die Liberalen zufrieden sind.

Ich glaube, dass ich auf keinen Widerstand, seitens der Opposition stosse, wenn ich sage, dass wir anlässlich der Budgetberatung im 4. Kriegsjahre unserem Bürgermeister den grössten Dank dafür auszusprechen verpflichtet sind, für die rastlose und nimmermüde Arbeit, die er sich im Dienste des Volkes und der Stadt auferlegt hat. Wir können stolz und froh sein, dass wir ihn haben und ich habe nur den einen Wunsch, Gottverhalte seine Spannkraft und Gesundheit weiter. Bei diesem Anlasse dürfen wir auch seiner getreuen Mitarbeiter der Vizebürgermeister nicht vergessen. Seitdem der Krieg ins Land gezogen, gibt es keinen Tag, an dem sie nicht von früh bis spät abends hier im Rathause mit dem Bürgermeister tätig sind. Wenn wir heute ein ernstes und aufrichtiges Wort aussprechen, müssen wir sagen, dass die Bezüge der Vizebürgermeister die sie für die Ausübung ihres Amtes bekommen derart sind, dass wohl der grössere Teil ihrer Arbeit in freiwilliger genannt werden muss, dargebracht auf dem Altar der Stadt Wien. Wir sind daher auch ihnen zum grössten Danke verpflichtet.

Redner schliesst mit einem begeisterten Apell zum Dank für die Helden an der Front, welche Wien vor der Bedrohung durch die Feinde bewahrt und in harter Kriegsnot die Fahne Deutschlands und Oesterreichs siegreich gegen alle Feinde vorgetragen haben.

GR. Melcher hält es für notwendig weniger politische und mehr wirtschaftliche Ausführungen im Gemeinderate zu halten. Er bespricht einzelne Posten des Budgets. Die Kommissionsgebühren für Beamte seien entsprechend den jetzigen Verhältnissen zu erhöhen. Die veranschlagten Einnahmen von 1,200.000.-- Kronen für die Bodenwertzuwachssteuer seien zu niedrig ausgesetzt. In die städtischen Steinbrüche wäre mehr Kapital zu investieren, da der Bedarf an Steinen nach dem Kriege ein ungleich grösserer sein wird. Die für Hochbauten eingesetzten Beträge wären fast sämtlich zu streichen, da im Verwaltungsjahre 18/19 alle diese Bauten kaum zur Durchführung kommen werden; Zur Erhöhung der Sicherheit wäre die Zahl der Polizeiorgane zu vermehren; es könnten ja auch Männer über 50 Jahre herangezogen werden. Er wünscht weiters die endliche Fertigstellung der Aspernbrücke.

Für die durch die Kriegsfolgen verarmten wäre ein eigener Armenrat einzusetzen. Redner wendet sich gegen die Erhöhung der Tarife/der Fahrpreise der städtischen Strassenbahnen und der städtischen Gaswerke. Das Defizit sollte nicht bloss von den jetzt Lebenden getragen werden müssen, sondern es wäre durch einen Kriegskredit zu decken. Die Bedenken, die Zinsheller und Umlagen zu erhöhen, seien in gewisser Hinsicht gerechtfertigt, weil ja dann die Zinse nicht bloss um diesen, sondern um einen ungefähr 50 % erhöhten Betrag gesteigert werden müssen. Redner bespricht sodann das Mieterschutzgesetz und hält eine Abänderung desselben für notwendig, mindestens aber müssten die nachteiligen Folgen dem Hausbesitzer durch den Staat vergütet

werden. Gerade so ungeheuerlich seien die Preise für verschiedene Baumaterialien gestiegen. Ziegel, welche vor kurzer Zeit noch 142 Kronen kosteten, kosten jetzt bereits ab Ziegelofen 150 Kronen und es stellen sich einschliesslich der Zufuhr z.B. in die innere Stadt 1000 Stück Ziegel auf 320 Kronen gegen 40 bis 50 Kronen vor dem Kriege. Welchen Umfang die Wohnungsnot angenommen habe, könne man aus verschiedenen Symptomen ersehen. Als Charakteristikum könne angeführt werden, dass als vor einigen Tagen ein Inserat über den Verkauf einer Villa im 18-Bezirk in einer Wiener Zeitung erschien, ganze Polonaisen von Käufern vor dem Hause zu sehen waren, jeder Einzelne hatte bereits das Geld mitgebracht und die erste Frage war stets, wann ist die Villa zu beziehen, erst in zweiter Linie wurde um den Kaufpreis gefragt. Gelegentlich des Referates über den Bau von schwedischen Häusern in Wien wurde in das Abkommen auch der Fassung aufgenommen, dass die Gemeinde Wien die Garantie für den Ausfall der Mietzinse übernimmt. Das ist die Lösung der Wohnungsnot, dass nämlich eine Stelle da ist, und ich habe hier die Staatsverwaltung im Auge, welche den Bauherren den Ausfall vergütet. Dieser Fassung sollte der Regierung als Muster vorgelegt werden.

Redner spricht dann über die Elektrifizierung der Stadtbahn und wiederholt seinen seinerzeitigen Antrag auf Verführung der Baumaterialien in der Baubewegung durch die Strassenbahn und beantragt die Einsetzung eines Komites zum endlichen Studium dieser Frage. Zum Schluss bespricht Redner Approvisionierungsfragen und verlangt, dass bei den Untersuchungen weiblicher Reisender auch Lebensmittel in den Grenzstationen ausschliesslich Frauen verwendet werden dürfen.

GR. Hötzel wendet sich gegen die gestrigen Ausführungen des GR. David über die Firma Wachalowski, Eysler & Co., die völlig unbegründet seien. Die Firma, die sich durch die Tätigkeit des Firmenchefs eines der anerkanntesten Fachmänner auf dem Gebiete des Motorenbauens aus kleinen Anfängen zu einem grossen am ganzen Kontinente bekannten Unternehmen entwickelt habe, brachte lediglich auch für die kommende Friedenszeit für ihre Angestellten und Arbeiter, deren Zahl sich derzeit auf etwa 2000 belaufe Arbeit und Verdienst zu schaffen und zwar durch Umgestaltung eines Teiles des Betriebes auf Lokomotivreparaturen, wozu eben auch einige Änderungen in der Busseen Situation der Fabrik notwendig seien. Die Vertreter der Gemeinde haben lediglich im Interesse des Bezirkes, dem es daran gelegen sein müsse, eine so grosse und mustergültig geleitete Fabrik in seinen Grenzen zu erhalten, den angesuchten Baubewilligungen zugestimmt. Wenn GR. David irgend etwas anderes vermute, müsse er sehr falsch informiert worden sein.

Es wird hierauf an die Wahl von 15 Stadträten geschritten.

Der Bürgermeister gibt bekannt, dass die GRe. Bielohlawek, Hermann, Obrist, Roth und Vaugoin beurlaubt, die GRe. Tressler, Thömes, Effenberger, Ferdinand Fischer, Goltz, Dr. Granitsch, Kunschak, Langer, Ploner, Dr. Pubowac, Skaret, von Steiner.

Der Bürgermeister ernennt die GRe. Herold und Schlächter zu Skrutatoren, die GRe. Philipp und Stangelberger zu Schriftführern.

Da von den 165 Mitgliedern des Gemeinderates, 19 gestorben sind, zwei ihre Mandate zurückgelegt haben und in der heutigen Sitzung 17 entschuldigt, bzw. beurlaubt sind, beträgt die Anzahl der anwesenden Gemeinderäte 127.

Im 1. Wahlgang wurde gewählt GR. Johann Alfred Breuer mit 107 abgegeben Stimmen.-Die Mitglieder der gesamten Opposition enthielten sich der Abstimmung. Weiters wurden gewählt:

Friedrich Dechant mit 104 Stimmen,  
Heinrich Fraß mit 107 Stimmen,  
Dr.-. Moriz Franz Haas mit 106 Stimmen,  
Johann Heindl mit 105 Stimmen,  
Franz Hötzel mit 107 Stimmen,  
Josef Nemetz mit 108 Stimmen,  
Franz Feyer mit 107 Stimmen,  
Jakob Reumann mit 94 Stimmen, 3 Stimmen waren leer,  
Heinrich Schmid mit 105 Stimmen,  
Hans Arnold Schwer mit 105 Stimmen,  
Franz Spalowsky mit 102 Stimmen,  
Leopold von Steiner mit 101 Stimmen,  
Leopold Tomola mit 103 Stimmen,  
Karl Wippel mit 104 Stimmen.

Die Sitzung wird hierauf geschlossen.

-----  
Ungarische Frühkartoffeln. Die Zufuhren ungarischer Frühkartoffeln haben mit heutigem Tage eingesetzt. Da sie aber nicht ausreichen werden, um sofort eine allgemeine Ausgabe zu ermöglichen, werden die Frühkartoffeln an die einzelnen Bezirke nach der Lage des Ankunftsbahnhofes der Reihe nach anstatt der Altkartoffeln abgegeben. Die erste Ausgabe findet Sonntag und Montag im 3. und 20. Bezirk statt. Die auf den Kopf entfallende Wochenmenge wird mit  $\frac{1}{2}$  kg festgesetzt. Die Kartoffeln werden zum Preise von 58 Heller für das  $\frac{1}{2}$  kg in der üblichen Weise unter Abtrennung des ganzen Wochenabschnittes K abgegeben.

-----  
=====